



## Register 16

**Höchstspannungsleitung  
Osterath – Philippsburg; Gleichstrom  
Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1  
BBPIG („Ultranet“)  
Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik  
(HGÜ)**

**Hier:  
Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststel-  
lungsverfahren für den Abschnitt  
Osterath – Rommerskirchen**

**Belang: Öffentliche Sicherheit (Kampfmittel/ Ver-  
dachtsflächen)**

Amprion GmbH

Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom

Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststellungsverfahren

für den Abschnitt Osterath - Rommerskirchen

Belang: Öffentliche Sicherheit (Kampfmittel/ Verdachtsflächen)      Register 16   Seite 2 von 3

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1</b>	<b>Aufgabenstellung .....</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Kampfmittel und die Ermittlung entsprechender Verdachtsflächen .....</b>	<b>3</b>

## **1 Aufgabenstellung**

Gemäß Untersuchungsrahmen der Bundesnetzagentur für die Planfeststellung vom 31.03.2022 ist in den vorzulegenden Unterlagen nach § 21 NABEG als Angaben zu sonstigen öffentlichen und privaten Belangen der Umgang mit Kampfmitteln und die Ermittlung entsprechender Verdachtsflächen betreffend das Vorhaben darzulegen.

Notwendige Folgemaßnahmen an anderen Anlagen i. S. v. § 75 Abs. 1 Satz 1 VwVfG sind mit der Umsetzung des Vorhabens im gegenständlichen Abschnitt „Osterath- Rommerskirchen“ nicht verbunden.

## **2 Kampfmittel und die Ermittlung entsprechender Verdachtsflächen**

Im Zusammenhang mit der Erstellung der Bauausführungsunterlagen wird nach Vorlage des Planfeststellungsbeschlusses auch noch eine Baugrunderkundung der Neubau- und Ersatz-neubaumaststandorte stattfinden. Im Rahmen derer werden die geplanten Maststandorte dahingehend überprüft, ob Kampfmittel im Boden vorhanden sind. An Rückbaumaststandorten erfolgt keine Baugrunderkundung oder Überprüfung ob Kampfmittel im Boden vorhanden sind.

In Nordrhein-Westfalen erfolgt die Prüfung durch die zuständige Landesbehörde, die Bezirksregierung Düsseldorf (Dezernat 22 – Gefahrenabwehr, Hafensicherheit, Kampfmittelbeseitigung). Vor Baubegin wird auf Veranlassung der Vorhabenträgerin eine entsprechende Luftbildauswertung durchgeführt.

Bei einer möglichen Kontamination als Ergebnis der Luftbildauswertung wird eine Tiefenson-dierung durch den beauftragten, zertifizierten Kampfmittelräumdienst vorgenommen.

Bei einer positiven Kontamination als Ergebnis der Tiefenson-dierung wird die zuständige Landesbehörde informiert und diese entscheidet über die weitere Vorgehensweise.